



Hamburg ist eine reiche Stadt in einem reichen Kontinent. Auch in den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität und Kreativität der Gesellschaft enorm gewachsen. Doch anstatt diese Möglichkeit für das Allgemeinwohl zu nutzen, ist vom jeweiligen Hamburger Senat eine Politik der Umverteilung von Unten nach Oben verfolgt worden.

Hamburg ist eine gesplante Stadt. Der Anteil der Menschen, die arm sind, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hinzu kommt, dass sich Armut und Reichtum nicht gleichmäßig übers Stadtgebiet verteilen, sondern sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen finden, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. Neben Stadtteilen, in denen kaum Kinder aufwachsen, gibt es Stadtteile, in denen sich die Zahl dort lebender Kinder, Armut und Sozialhilfebezug, schlechte Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Haushalte mit Migrationshintergrund konzentrieren.

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen schlagen sich in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaften der Schulen nieder. Wie stark das soziale Gefälle zwischen soziodemographisch „gut situierten“ und „benachteiligten“ Einzugsgebieten innerhalb Hamburgs ist, spiegeln die Daten der aktuellen „Hamburger Stadtteil-Profile 2013“ wider. Es zeigt sich der hohe Einfluss

der soziodemographischen Merkmale des Stadtteils, in dem die SchülerInnen wohnen und ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Wer nicht als Kind Lernfreude entwickeln konnte und Lernerfolg gespürt hat, wird es als Jugendlicher oder Erwachsener schwer haben, Zugang zu Bildung zu finden. Dies führt auch zu einer sozialen Spaltung der Demokratie. Eine vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung weisen statushohe Stadtteile auf. Statusniedrige Wohngebiete sind

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,
Regina Tretow**

In den Wahlkampf eingreifen

dagegen durch eine geringe Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Bildungserwerb und demokratische Beteiligung bedingen einander.

Mit Verweis auf die Schuldenbremse werden immer neue Sozial- und Bildungskürzungen begründet. Dabei hat Deutschland kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Die steuerliche Begünstigung von Vermögenden, Spitzenverdienern und Unternehmen haben in den letzten Jahren zu drastischen Steuer-

ausfällen geführt. Deutschland hat in Europa eine Abwärts-spirale des Steuerdumpings mitbetrieben, deren Folgen allorts leere öffentliche Kassen sind. Ausdrücklich lehnen wir die Unterwerfung der öffentlichen Haushalte unter das Diktat der Schuldenbremse und die daraus resultierende Spar- und Kürzungspolitik ab. Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein.

Die GEW wird aktiv in den Bürgerschaftswahlkampf im Frühjahr 2015 eingreifen und ihre Positionen vertreten. Hierfür werden wir „Leitlinien für eine gute Bildungspolitik in Hamburg“ erstellen, in der die vielen Einzelthemen, mit denen wir befasst sind, gebündelt dargestellt werden. Diese Leitlinien werden Forderungen umfassen zur Bildungsfinanzierung, zur Schulstruktur, zur Lehrer_innenbildung, zu den Themen Inklusion, Ganzttag, AZM sowie zu den Bereichen

Kinder- und Jugendhilfe und Hochschule und Forschung. Diese Leitlinien werden wir auf dem Gewerkschaftstag im November beschließen.

Darüber hinaus wird die GEW eine aktive Bündnispolitik betreiben, Veranstaltungen mit den bildungspolitischen, den wissenschaftspolitischen und den sozialpolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsparteien organisieren und über weitere Aktivitäten in den Wahlkampf intervenieren.